

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Pos-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 116.

43. Jahrgang.
Donnerstag, den 1. Oktober

1896.

Bekanntmachung.

Am 17. dieses Monats Abends sind auf der Eisenbahnlinie Wilsau-Wilzschhaus kurz vor der Haltestelle Oberschönheide bei Station 298 mehrere 8 bis 9 kg schwere Steine auf das Gleis gelegt worden, sodas durch der um 9 Uhr Abends von Wilzschhaus in Oberschönheide eintreffende Zug in hohem Grade gefährdet war.

Die königliche Generaldirektion sichert eine

Belohnung von 150 Mark

Demjenigen zu, der den Urheber des bezeichneten Bahnrevells zuerst dergestalt zur Anzeige bringt, das dessen Bestrafung herbeigeführt wird.

Dresden, am 23. September 1896.

Königliche Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen.
von der Planitz.

Bekanntmachung.

Die Landes-Brandversicherungs-Beiträge auf den 2. Termin 1896 — 1. Oktober 1896 — sind nach je einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäude-Versicherungs-Abtheilung und nach je ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Versicherungs-Abtheilung nebst den fälligen Stückbeiträgen bis spätestens

den 10. Oktober dss. Js.

bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung anher zu entrichten.
Eibenstock, am 28. September 1896.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Bekanntmachung.

Am 30. September dss. Js. sind der 2. Einkommensteuer-, der 3. Land-

und Landeskulturrenten-, sowie der 3. Wasserzinsstermin für das Jahr 1896 fällig.

Mit dem 2. Einkommensteuertermin ist gleichzeitig zur Deckung des Aufwandes der Handels- und Gewerbesteuer zu Plauen von den beteiligten Gewerbetreibenden ein Beitrag von zwei Pfennigen auf jede Mark desjenigen Steuerjahres für das Jahr 1896, welcher auf das im Einkommensteuerkataster eingetragene Einkommen aus dem Handel und Gewerbe entfallen würde, mit einzubringen.

Es wird dies hiermit bekannt gegeben mit dem Bemerkten, das zur Zahlung des Wasserzinses eine Frist bis zum 15. Oktober d. J. und zur Zahlung der Einkommensteuer und des Zuschlags für die Handels- und Gewerbesteuer zu Plauen eine Frist bis zum 21. Oktober dss. Js. nachgelassen ist, hiernach aber sofort mit der zwangsweisen Einziehung der etwaigen Reste vorgegangen wird.
Eibenstock, am 23. September 1896.

Der Rath der Stadt.

In Vertretung:
Justizrath Landrod.

Beger.

Bekanntmachung.

Die Gewerbetreibenden, welche in diesem Jahre Lieferungen für die Stadt gehabt oder Arbeiten für sie ausgeführt und hierüber noch keine Rechnungen eingereicht haben, fordern wir hiermit auf, solche der Aufstellung des Haushaltungsplanes für 1897 wegen bis zum 10. Oktober dss. Js. anher abzugeben.
Eibenstock, am 30. September 1896.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Beger.

Am 5. und 6. Oktober a. e.:
Jahrmart in Johannegeorgenstadt.

Die allgemeine Weltlage

wird nach wie vor durch den Gegensatz der russischen und der englischen Politik charakterisirt. Bekanntlich hat man in England mehrfach versucht, einem Separatbündnis mit Rußland das Wort zu reden. Man hat bei der Besprechung dieses Projektes in der freigestimmtesten Weise über Konstantinopel und das ganze türkische Reich noch dazu verfügt und Rußland die besten „Stückchen“ zum Verzehren angeboten. Erreicht hat man aber bei den Russen durch diese Liebenswürdigkeit nichts. Im Gegenteil; mit immer größerem Nachdruck betont die russische maßgebende Presse das „tiefe Mißtrauen“, welches man England gegenüber hegen müsse, und von Seiten der Regierung findet man keinen Anlaß, dieser offenen Aussprache der Gefühle irgendwelche Zügel anzulegen, was sich ja bekanntlich gerade in Rußland erheblich leichter bewerkstelligen läßt als anderwärts. Die in den russischen Regierungskreisen herrschende Auffassung der Lage giebt daher der bekannte St. Petersburger Offiziosus der „Politischen Correspondenz“ wohl durchaus zutreffend wieder, wenn er sich heute wie folgt äußert:

Seit der Abreise des Kaisers Nikolaus II. nach dem Auslande und dem Tode des Fürsten Lobanow scheint die russische Diplomatie, selbst im orientalischen Ereignissen gegenüber, eine zuwartende Haltung zu beobachten. Erst nach der Rückkehr des Zaren von seiner europäischen Tour und der Ernennung eines neuen Ministers des Aeußeren dürfte die Politik Rußlands wieder eine bestimmtere Physiognomie annehmen. Jedenfalls ist es eine Thatsache, das Rußland in den letzten Wochen, auch Angesichts der jüngsten Unruhen in Konstantinopel, keinerlei separate diplomatische Aktion unternommen, sondern sich streng innerhalb der Grenzen der bisherigen Entente der kontinentalen Mächte, welche mit Bezug auf die Ereignisse in der Türkei vereinbart wurde, gehalten hat. Die russische Regierung vertritt nämlich die Ansicht, das diese Entente das geeignetste Mittel sei, um die Erhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern, und das jede, wie immer geartete Separataktion irgend einer der kontinentalen Mächte Gefahren für den Frieden in sich schließen könnte, indem dadurch die Pläne Englands gefördert und die unruhigen Elemente in der Türkei ermutigt werden würden. Es soll aber nicht verschwiegen werden, das in den diesigen Regierungskreisen auch der Meinung Ausdruck verliehen wird, Rußland könnte, falls in Konstantinopel oder an anderen Punkten der Türkei gewisse Ereignisse eintreten sollten, sich gezwungen sehen, von seiner bisherigen zuwartenden Haltung abzuweichen und eine aktive Politik zu betreiben. Allerdings lassen jedoch die von sehr autoritativer Seite in der jüngsten Zeit in England laut werdenden Ermahnungen zur Mäßigung, welche auf die öffentliche Meinung Großbritanniens einen wohlthätigen Einfluß auszuüben scheinen, für die Hoffnung Raum, das die hochgehenden Wogen der populären Strömungen sowohl in England, wie auch in der Türkei sich wieder glätten werden, sodas weder Rußland, noch irgend eine andere Macht in die Zwangslage verlegt werden dürfte, hinsichtlich der orientalischen Angelegenheiten zu extremen Maßregeln zu greifen. Freilich, in diesem Augenblick ist man in Rußland noch nicht von einem tiefen Mißtrauen gegen die Absichten Englands frei. Dies zeigt sich am deutlichsten in den Ausführungen der russischen Presse, welche fortgesetzt den kontinentalen Mächten den Rath erteilt, alle Schritte Englands mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen und gleichzeitig sowohl auf den Sultan, wie auf die Porte eine starke diplomatische Pression auszuüben, um beide zu zwingen, die zur Sicherung der öffentlichen Ruhe in Konstantinopel nötigen Maßregeln zu ergreifen. Ein neuerlicher Ausbruch des mohammedanischen Fanatismus wäre, nach Ansicht der russischen Blätter, für die Sicherheit der christlichen Bevölker-

ung der türkischen Hauptstadt gefährlich und könnte außerdem England zu einer isolirten Einsichtnahme den Vordrang liefern, was weder im Interesse der kontinentalen Mächte, noch in jenem des allgemeinen Friedens liege. Die „Nowoje Wremja“ geht sogar so weit, zu erklären, das, falls die Porte sich unfähig erweisen sollte, die Ordnung in der Türkei aufrecht zu erhalten, es Pflicht der kontinentalen Mächte wäre, diese Aufgabe gemeinsam zu übernehmen. Des weitern macht das genannte Blatt den Vorschlag, das diejenigen von den kontinentalen Mächten, welche dem Sultan in aufrichtiger Weise wohlwollen, beauftragt werden sollten, mit ihren Flotten die Dardanellen zu bewachen, um dazert Konstantinopel gegen einen Ueberfall seitens der englischen u. v. auch der italienischen Flotte zu schützen. Andererseits hat die russische Presse einmütig die von englischen Blättern lancirte Idee der Abiegung des Sultans zurückgewiesen und ebenso einmütig hat sie sich gegen die Einziehung einer Vormundschaft der europäischen Mächte über die Türkei ausgesprochen. Beide Maßregeln werden von den russischen Organen der öffentlichen Meinung als sehr gefährlich bezeichnet, da sie leicht die schwersten Bewusstseinsstörungen in Folge haben könnten. Nach Ansicht der russischen Blätter ist Europa, auch ohne zu so extremen Maßnahmen seine Zukunft zu nehmen, vollkommen in der Lage, die orientalische Krise einer Lösung zuzuführen, wenn nur die Mächte in ihrer gegenwärtigen Entente verharren.

Gleichzeitig mit den angeführten Rekriminationen gegen England hinsichtlich der Türkei lenken die russischen Blätter die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Vorgänge in Ägypten und führen abermals, in Uebereinstimmung mit ihren früheren Auslassungen über den gleichen Gegenstand, den Gedanken aus, das der englische Vorkoh gegen Dongola nicht zu einer Verlängerung der englischen Occupation Ägyptens auf unbestimmte Zeit hinausführen dürfe. Das wider gegen das Interesse des ganzen übrigen Europas und namentlich würden dadurch alle jene Mächte gefährdet werden, welche Beziehungen oder wichtige Handelsverbindungen in Ost-Afrika haben und die mit Mäßigkeit hierauf für alle Fälle gesicherten freien Durchfahr durch den Suezkanal bedürfen.

Eine solche Sprache ist kaum mißverständlich und allerdings wohl geeignet, die englische Presse zu ernstem Nachdenken darüber zu veranlassen, ob man Herrn Gladstone und seinem Gefolge zuliebe das Staatsschiff noch ferner mit dem Ballast einer Aktion zu Gunsten der Armenier beschweren oder nicht vielmehr die ganze armenische Frage ruhig über Bord werfen solle. Etwas zu holen ist für England offenbar in dieser Angelegenheit zur Zeit nicht.

Bei solchen Beziehungen zwischen England und Rußland ist es auch erklärlich, das man von politischen Verhandlungen der englischen Staatsmänner mit dem Zaren nicht das Geringste zu hören bekommt. Der rein verwandtschaftliche Charakter des Besuches des russischen Kaiserpaars in England ist bis jetzt ganz streng gewahrt geblieben. Spazierengängen und -fahrten, Jagden und Radfahrten sind die Dinge, mit denen Kaiser Nikolaus sich die Zeit in Balmoral vertribt.

Mit dieser idyllischen Ruhe werden die Dinge, die des russischen Herrscherpaars in der französischen Hauptstadt harrten, allerdings im schärfsten Gegensatz stehen. Kein Zweifel: französischer Geschmack und Erfindungsgeist, unterstützt durch reiche finanzielle Hilfsmittel, werden den russischen Gästen Bilder von reichstem Glanze und buntester Mannigfaltigkeit vorführen. Aber das Alles ist doch nur Mittel zum Zweck, zu einem Zwecke, den jeder Mensch kennt. Ob sie diesen ihren Zweck erreichen werden, das ist die Frage, die heute alle „patriotischen“ Franzosen quält und die selbstverständlich auch für die andern Nationen und für den Welt-

frieden von der allerhöchsten Bedeutung ist. Erfreulicherweise kann schon heute kaum noch ein Zweifel über die Antwort obwalten, die auf die Frage der französischen Revanchepost erteilt werden wird, und darum können speziell wir Deutschen den nunmehr nahe bevorstehenden „herrlichen“ Tagen mit voller Seelenruhe und mit aller der Freude entgegensehen, die es gewährt, Jemanden zu beobachten, der gern um etwas bitten möchte und doch die Bitte nicht auszusprechen wagt, weil er weiß, das sie nicht erfüllt werden wird und der bei alledem höchst vergnügt und befriedigt erscheinen muß.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen u. gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern setzen ihre Aufwärtsbewegung fort. Die Nachweise, die bis Ende August vorliegen, ergeben bei den Zöllen und Verbrauchssteuern nach Abzug der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten für die Zeit vom 1. April bis 31. August eine Mehreinnahme gegen das Vorjahr von 17,080,847 M. Nur bei der Branntweinmaterialsteuer ist ein Ausfall von 785,289 M. eingetreten. Ferner beträgt der Ueberchuß der Post- und Telegraphen-Verwaltung 4,408,045 M., derjenige der Reichseisenbahn-Verwaltung 1,178,000 M. mehr als im Vorjahre. Ungünstiger stellt sich der Ertrag der Vörrensteuer.

— Die „Köln. Ztg.“ beschäftigt sich in einem scheinbar inspirirten Artikel mit den Vorgängen in Opatenya. In der Besprechung dieser Vorfälle, sowie der fortgesetzten heftigen polnischen Agitation erwähnt das Blatt eines Planes, der bereits unter Bismarck zur Erwägung gelangt habe, nämlich die ganze Provinz Posen als solche aufzulösen, die südlichen Theile der Provinz Schlesien, die westlichen der Provinz Brandenburg, die östlichen und nördlichen Theile der Provinz Westpreußen einzuverleiben. Dadurch würde die polnische Agitation schnellstens einem Ende zugeführt.

— Deutsch-Südwest-Afrika hat im Laufe dieses Jahres zwei bedeutende Kriegen durchgemacht. Zuerst brach der Aufstand unter den Khaus-Hottentotten aus, denen sich anzuschließen die Herero nicht über Lust hatten, dann trat die Gefahr der ganz Südafrika verheerenden Rinderseuche heran. Den einzigen wirklichen Reichtum des Landes bilden keine Heerden von hunderrtaufenden Stück Rindvieh und von Millionen Stück Kleinvieh, Schafen und Ziegen. Dieser bedeutende Viehbestand dient hauptsächlich zur Ernährung der meisten Eingeborenen, wie auch der weißen Eingewanderten; außerdem wird Vieh nach der Kapkolonie und nach Kimberley ausgeführt, schließlich stammt auch die einzig bei der Ausfuhr in Betracht kommende Waare von den Thieren her, nämlich Häute und Hörner. Das Wohl und das Wehe des Schutzgebietes hängt daher von der Erhaltung des Viehbestandes ab. Gar nicht absehen läßt sich, welche Zustände eingetreten wären, wenn die Viehseuche nach Deutsch-Südwest-Afrika eingedrungen wäre und den Viehbestand wie in den benachbarten Ländern zerstört hätte. Das Reich wäre wohl in die höchst